

Die Kabinettskrise in Oesterreich.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Wien, 15. Oktober.

Im Vordergrund der Kombinationen steht heute der Name des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Groß. Einzelne slawische Parteien, insbesondere die Polen, auch die Christlich-Sozialen, werden, falls Dr. Groß mit der Bildung eines Kabinetts betraut werden sollte, diesem ihre Unterstützung wohl kaum verweigern. In anderen Kreisen wird auch heute noch von Beda und Sjava-Larouca gesprochen.

Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek hat für heute abend die Führer sämtlicher parlamentarischer Parteien zu einer Konferenz einberufen.

Ein tschechischer Aufruf.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Prag, 15. Oktober.

Der tschecho-slowakische Sozialistenrat, der gestern abend eine Sitzung abhielt, an der zum ersten Male auch tschechische Sozialisten der Zimmerwalder Richtung teilnahmen, hat eine Rundgebung an das tschechische Volk gerichtet, worin u. a. gesagt wird: „Ostern hat das arbeitende tschechische Volk mit aller Deutlichkeit gesagt, was es als ein Selbstbestimmungsrecht betrachtet, was seine politischen Forderungen und was seine politischen Ziele sein sollen. Wir fordern die Errichtung eines selbständigen demokratischen tschechischen Staates. Die gestrige Bewegung war nur der Anfang systematischer Aktionen. Nun wird es von den Nachrichten aus dem In- und Auslande abhängen, was weiter geschehen soll.“

Aus der österreichischen Delegation.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Wien, 15. Oktober.

In der heutigen Sitzung der österreichischen Delegation interpellierte der tschechische Delegierte Zahradnik den Kriegsminister über die Entsendung österreichisch-ungarischer Truppen an die Westfront. Der polnische Abgeordnete Dr. Gombinski richtete eine Anfrage an die gemeinsame Regierung über die Errichtung gemeinsamer österreichisch-ungarisch-polnisch-polnischer und polnisch-preussischer Liquidations-Kommissionen, sowie über die Einleitung weiterer aus der Urach-

Hängigkeitsklärung der vereinigten Polen sich ergebenden Maßnahmen.

Die Delegierten Dr. Koroska und Dr. Cingria richteten an den Minister des Aeußern und den Kriegsminister eine Anfrage über die Teilnahme der Südslawen an den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen sowie über die Ueberlassung der Einleitung und Durchführung dieser Verhandlungen an die Vertreter der Nationen, die sich nationale Regierungen bilden werden. In der Einleitung der Interpellation wird darauf hingewiesen, daß durch die nunmehr auch von den Mittelmächten angenommene Erklärung des Präsidenten Wilson das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zu dem Hauptprinzip der Menschheit gemacht wurde, wonach keine Nation ohne ihre Zustimmung beherrscht und regiert werden soll. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Südslawen wiederholt feierlichst erklärt haben, sie würden niemals einer Lösung ihre Zustimmung erteilen, die nicht die Vereinigung aller Teile der südslawischen, kroatischen und serbischen Nation in einen eigenen souveränen Staat mit sich bringt, da nur in dieser Weise die Autonomie gesichert erscheine.

* Zürich, 15. Oktober.

Die englische Presse berichtet aus Rom: Die gegenwärtigen Missionen des tschecho-slowakischen Nationalrates in den alliierten Hauptstädten werden demnächst in richtige Gesandtschaften umgewandelt.